

## Rede von Karl Schiller (Straßburg, 18. November 1970)

**Legende:** Am 18. November 1970 analysiert Bundesfinanzminister Karl Schiller in einer Rede vor dem Europäischen Parlament die verschiedenen Etappen die zur Europäischen Währungsunion führen sollen.

**Quelle:** Die Europäische Gemeinschaft: Von der Haager Gipfelkonferenz bis zur Unterzeichnung des Beitrittsvertrages. Bonn: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1972. 281 S.

**Urheberrecht:** (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/rede\\_von\\_karl\\_schiller\\_straßburg\\_18\\_november\\_1970-de-7a230a11-7a14-4185-9607-c66380d4f6de.html](http://www.cvce.eu/obj/rede_von_karl_schiller_straßburg_18_november_1970-de-7a230a11-7a14-4185-9607-c66380d4f6de.html)

**Publication date:** 31/10/2012

## Rede von Karl Schiller (Straßburg, 18. November 1970)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren!

Ich glaube, dies ist ein wichtiger Tag für Europa und das Europaparlament. Alle Sprecher heute haben unterstrichen: Bei der Wirtschafts- und Währungsunion geht es um die Kernfrage der weiteren Integration Europas. Hier wird über die Zielrichtung und die Grundlinie der weiteren wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in Europa entschieden.

In der Tat: eine solche Zentralfrage gehört in die parlamentarische Diskussion. Denn wir alle wollen ja nicht nur ein technokratisch geführtes, sondern wir wollen zugleich doch wohl alle ein parlamentarisch fundiertes Europa. Wenn es noch eines Beweises dafür bedurfte, so hat die heutige Debatte sicherlich den Beweis erbracht, daß der Weg in die Wirtschafts- und Währungsunion ohne den Ausbau einer wirksamen parlamentarischen Kontrolle nicht möglich ist. Das ist im Werner-Bericht sehr eindeutig gesagt. Ich hoffe, daß dies auch vom Ministerrat übernommen wird, wenn er am 23. mit der Beratung des Dokumentes beginnt.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch kurz auf einige Punkte der Debatte eingehen. Dabei werde ich, wie das so in der zweiten Runde üblich ist, nicht nur als Ratspräsident sprechen; es ist mir wohl auch erlaubt, als Mitglied des Rates und als Vertreter meines Landes zu antworten.

Zum Werner-Bericht insgesamt und was die Haltung des Ministerrats dazu betrifft, möchte ich besonders Herrn Abgeordneten Löhr beruhigen: Der Ministerrat ist mit großem Eifer und mit großer Energie und auch mit großer Eile dem Auftrag gefolgt, der ihm im Dezember vorigen Jahres von der Konferenz der Staats- und Regierungschefs erteilt wurde. Er hat im Januar und Februar dieses Jahres seine Vorarbeiten aufgenommen und dann sehr schnell bestimmte Gesichtspunkte für die Arbeit der dann im März benannten Kommission unter Ministerpräsident Werner beschlossen. Bekanntlich hat diese Arbeitsgruppe unter Ministerpräsident Werner ihre Tätigkeit sehr zügig durch den Sommer hindurch durchgeführt. Sie hat Ende Mai einen Zwischenbericht erstattet. Sie hat, bevor Sie hier ihren Zwischenbericht verabschiedet haben, auch schon ihren Endbericht vorgelegt, der Ihnen inzwischen auch offiziell zu Beratungen in diesem Hohen Hause vorliegt. Ich glaube also, daß der Ministerrat zusammen mit der Kommission - Herr Vizepräsident Barre hat auf den Hergang der Geschichte schon hingewiesen - das Seine getan hat, um die Dinge schnell und zügig vor Beginn der ersten Stufe zur Entscheidung zu bringen.

In der heutigen Debatte ist mehrfach die Frage nach dem politischen Gehalt des Stufenplans angesprochen worden. Ich glaube sagen zu können: Der Rat ist sich sicherlich der politischen Bedeutung der Wirtschafts- und Währungsunion voll bewußt. Ich persönlich möchte noch einen Schritt weitergehen und ganz deutlich sagen: Nach meiner Ansicht ist eine politische Union in Europa nicht im luftleeren Raum, nicht in der Retorte zu schaffen, sondern nur auf dem Mutterboden der Konvergenz der materiellen Interessen der europäischen Staaten. Solange wir diese Konvergenz der materiellen Interessen der europäischen Mitgliedstaaten nicht herbeiführen, ist eine politische Union in Europa eine Illusion.

Wir brauchen, ohne dabei in befremdende Bilder zu verfallen, hier den festen Unterbau der gemeinsamen ökonomischen Interessen und der gemeinsamen ökonomischen Politik, um auch politisch weiterzukommen. Der Werner-Bericht selber sieht nun in den einzelnen Stufen sehr eindeutig politische Implikationen vor, politische Fortschritte, als Bedingung der weiteren ökonomischen Entwicklung, als Voraussetzung weiterer ökonomischer Stufenfolge.

Ich glaube, diese Kombination ist richtig und realistisch, daß von Stufe zu Stufe entschieden wird, nicht im Sinne eines blinden Automatismus, der uns vom Jahr 1 bis zum Jahr 10 in diese Stufenfolge hineinschleudert, sondern daß von Stufe zu Stufe entschieden wird, wie Herr Vizepräsident Barre gesagt hat, an Hand der Erfahrungen, die man aus der vorherigen Stufe zu ziehen hat, und damit über die Entscheidungen, die für die nächste Stufe zu treffen sind. Das ist ein eminent politischer Stufenweg, eine eminent politische Stufenfolge, die gleichzeitig, wie der Werner-Plan es gesagt hat, Ferment der eigentlichen, politischen Union in Europa sein wird.

Nun hat Herr Abgeordneter Löhr gefragt: Wird der Ministerrat von vornherein zielgerecht im Hinblick auf die Endstufe erklären, welche Wirtschaftsunion, welche Währungsunion gemeint und angestrebt wird? Ich kann sagen: Ich nehme an, der Rat wird das so tun. Aber er muß immer dazu sagen, wenn er sich auf den Boden des Werner-Berichts stellt, daß von Stufe zu Stufe neu zu entscheiden ist, daß keine Automatik gegeben ist, weder in der Stellungnahme der Kommission noch in dem Papier der Werner-Gruppe.

Wenn Sie über die Qualität der Wirtschafts- und Währungsunion etwas hören wollen, so möchte ich sagen: Es muß eine Wirtschaftsunion und eine Währungsunion der Stabilität sein. Das ist nicht nur ein Wort, sondern eine eminent politische, ja eine zwingende Aussage. Wenn die Kommission am Ende der ersten Stufe ihre Vorschläge auf Grund der Erfahrungen macht und wenn gar, wie es der Werner-Bericht vorschlägt - und ich halte das für gut -, eine Regierungskonferenz über die Erfahrungen und die weiteren Schritte auf dem Wege zur Wirtschafts- und Währungsunion stattfindet, dann wird es auch darum gehen, zu entscheiden, ob man in den drei Jahren Fortschritte auf dem Weg zur Stabilitätsgemeinschaft gemacht hat oder ob man in den drei Jahren von dem Weg zu mehr Stabilität in Europa abgewichen oder abgerutscht ist. Das ist dann auch eine sehr politische Frage, ob man dann nämlich neue Bedingungen, neue Qualifikationen für die nächste Stufe formuliert.

Ein weiteres, in dem wir, glaube ich, alle einig sind: Die Parallelität der wirtschaftspolitischen Zielsetzung und wirtschaftspolitischen Handlungen mit den währungspolitischen Konvergenzen. Wir müssen Abschied nehmen von dem jetzigen System. Wir haben ein System des Gemeinsamen Marktes. Wir haben eine Zollunion, aber wir haben - was wir alle wissen - ein System noch verschiedener nationaler Wirtschafts-, Finanz- und Konjunkturpolitiker. Und ein solches System ist dazu verdammt, ständig Ungleichgewichte zu produzieren.

Gerade deswegen haben Rat und Kommission schon Instrumente zur besseren Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz- und Konjunkturpolitik heute und hier entwickelt. Aber sie werden sicherlich gerade im Sinne des Parallelismus, der im Werner-Bericht fundamentale Bedeutung für die Zukunft und für die Stufenfolge hat, paralleles Fortschreiten in der Konvergenz der einzelnen Wirtschaftspolitikern und im Zusammenfließen der Währungspolitiken diese Dinge als bedingend, als notwendig, als unausweichlich hinstellen.

Wir sind uns bei den beginnenden Beratungen über den Stufenplan zu Anfang des Jahres ziemlich schnell klargeworden, daß eine abstrakte Währungsmaschine für Europa ohne parallele wirtschaftspolitische Konvergenz oder Harmonisierung bei kommenden Ungleichgewichten sehr schnell zersprengt würde. Eine alleinige separierte Lösung im Sinne einer Nur-Währungs-Union würde sicherlich unter den heutigen Umständen und unter den Umständen der siebziger Jahre in Europa ungenügend sein. Wir brauchen beides und ich glaube, auch da sind sich Rat und Kommission und die Autoren des Berichtes der Werner-Gruppe einig.

In beiden Stellungnahmen, in den Stellungnahmen der Kommission und in dem Bericht der Werner-Gruppe, ist des weiteren auf die Kombination, die Zielvorstellung von Wachstum und Stabilität hingewiesen worden. Ich glaube, auch in diesem Punkte werden wir im Rat Einigkeit herbeiführen.

Dann zu einem besonderen Punkt, zum Stufenplan für die siebziger Jahre und den beitragswilligen Staaten: Ich will dem Problem, das Herr Cousté hier aufwarf, nicht ausweichen. Ich glaube auch, hier und heute muß dazu etwas gesagt werden.

Ich möchte folgende Lösung des Problems vorschlagen: Gerade die erste Stufe, die auf drei Jahre befristet ist, ist - nach dem Werner-Bericht, und ich hoffe auch nach den Beschlüssen des Rates - eine Stufe des Experimentierens, eine Stufe pragmatischen Vorgehens, eine Stufe, bei der erst am Ende der drei Jahre über konkrete Vertragsänderungen und über die weiteren politischen Notwendigkeiten entschieden werden wird.

Ich glaube, mit diesem Zeitraum ist uns und den beitragswilligen Staaten die Möglichkeit gegeben, wenn sie in der Zeit - was wir doch alle hoffen - zu einem positiven Entscheid kommen, wir mit ihnen und sie mit

uns, in diese Stufenfolge eingeführt zu werden. Mit den für die zweite Stufe oder die mittleren Stufen notwendigen Vertragsänderungen sollte deshalb - so möchte ich sagen - bis zum Ende der ersten Stufe, also bis zum Jahre 1973, gewartet werden, um gerade den beitrittswilligen Staaten Gelegenheit zu geben, von all diesen Vorbereitungen Kenntnis zu bekommen und auch ihre Meinung dazu zu sagen, aber dann doch rechtzeitig in diese Stufenfolge ihrerseits einmünden zu können.

Es ist, wenn auch nur am Rande, ein weiteres Problem angesprochen worden: die Frage des festen oder nicht festen Zeitplans. Ich glaube, der Werner-Bericht und die Stellungnahme der Kommission sind hier schon ganz deutlich. Gerade unter den politischen Aspekten brauchen wir einen Plan mit einem hohen Grad von Elastizität. Deswegen ist die erste Stufe mit Recht als Stufe des Experimentierens auf drei Jahre fixiert. Aber die weiteren Stufen sind nicht von heute aus in sich zeitlich festgelegt. Über die Zeithorizonte ab Ende der ersten Stufe sollte auf der Regierungskonferenz auf Grund der Vorschläge der Kommission und der Vorarbeiten des Rates dann entschieden werden.

Der politische Wille zum Eintritt in diese weiteren Stufen von Seiten der beitrittswilligen Staaten müßte allerdings von Anfang an klar sein.

Die bisherigen Reaktionen der Beitrittskandidaten zum Stufenplan sind - soweit wir das wissen - durchaus positiv. Wir sollten uns hier auch nicht durch das eine oder andere kritische Wort in der Öffentlichkeit irremachen lassen. Die Beitrittskandidaten haben erklärt, daß sie grundsätzlich auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion keine unüberwindbaren Hindernisse sehen. Soweit zu der Frage der Beitrittskandidaten und zur Frage der weiteren zeitlichen Fixierung der Stufenfolge.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn hier über Stufen gesprochen wird, so wissen wir, daß das, was uns im Werner-Bericht vorgelegt ist, kein Stufenplan ist, der eine fixe Zahl angibt. Fest steht, daß es eine erste Stufe gibt und daß es ein Endstadium gibt. So wie ich die Dinge sehe, ist die erste Stufe nach dem Werner-Bericht die Stufe der Konvergenz und auch schon die Stufe der Bewährung, weil die nationalen Politiken sich einander annähern müssen, und zwar schon in der ersten Stufe.

Die zweite Stufe oder ich möchte auch sagen, die mittleren Stufen sind doch, nach allem was wir hier sehen, die Stufen der Transformation, d. h. die Stufen des Übergangs von Kompetenzen aus den nationalen Bereichen auf Gemeinschaftsinstanzen. Das Endstadium - wir haben es in Paris einmal das „Elysium“ Europas genannt - ist gekennzeichnet durch die volle Übertragung wirtschafts- und finanzpolitischer Befugnisse auf die Gemeinschaft. Auch die Übertragung geldpolitischer Befugnisse auf ein europäisches Zentralbanksystem ist zugleich gekennzeichnet durch den hohen Symbolwert einer dann einheitlichen europäischen Währung.

Dieses Elysium der Endstufe können wir meines Erachtens nur erreichen, und wir können auf den Stufen dahin nur weiterkommen, wenn wir erstens auf eine Automatik von vornherein verzichten. Ein Fortschritt wird in Zukunft nach der ersten Stufe nur möglich sein, wenn auch politische Zäsuren eingeleitet werden, d. h. wenn der Übergang von einer Stufe zur anderen mit politischen Überprüfungen im Kolloquium verbunden ist.

Und zweitens: der Fortschritt auf dieser Stufenfolge oder Stufenleiter hin zum Endstadium ist nur möglich, wenn alle ökonomischen, politischen und sozialen Gesichtspunkte gleichzeitig und möglichst frontal berücksichtigt werden; wenn wir also beim Übergang von einer Stufe zur anderen die Interdependenz aller ökonomischen und politischen Faktoren berücksichtigen.

Ein Drittes ist notwendig, damit wir dieses Endstadium erreichen: Die Währungsunion, die wir für das Endstadium anstreben, muß ihrerseits in einer Weltwährungsordnung leben, die sich ebenfalls in der Veränderung befindet. Wer an der letzten Tagung des Weltwährungsfonds in Kopenhagen in diesem Jahr teilgenommen hat, wird vermerkt haben, daß auch in der Weltwährungsordnung Diskussionen im Gange sind, dieses Weltwährungssystem im Sinne einer größeren Elastizität zu reformieren. Ich glaube, daß unsere europäische Wirtschafts- und Währungsunion dereinst nur existieren und ihr eigenes Ziel nur erreichen kann, wenn sie von vornherein Rücksicht auf jene globalen weltweiten Tendenzen der Reform des

Weltwährungssystem Rücksicht nimmt. Unsere europäische Währungsunion müßte dann beherrscht sein von dem Prinzip der Stabilität nach innen und vom Prinzip der Elastizität nach außen. Das heißt, Preisstabilität im Innern aber doch nach außen eine gewisse gemeinsame Elastizität in der Frage der Wechselkursparität nach außen. Der Tag kann kommen, an dem ein europäischer Hartwährungsblock, wenn er aus der Stabilitätsgemeinschaft entstanden ist, vielleicht seine gemeinschaftliche Parität gegenüber anderen Währungen verbessern muß.

Ich sehe diesen Weg nur gegeben, wenn wir den Weg über ein Europa der Stabilität wählen. Wir werden überhaupt das Endziel nur erreichen, wenn wir in der ersten Stufe - ich sage es noch einmal - nicht den Grundsatz der Stabilität aufs Spiel setzen. Das Europa der Zukunft wird ein Europa der Stabilität sein oder es wird nicht existenzfähig sein. Ein währungspolitisch krankes Europa könnte kein kraftvolles und einiges Europa sein. Die heute als Utopie erscheinende Endstufe ist realisierbar, wenn wir vorher auf allen Stufen den Boden der Solidität nicht verlassen.